

Pressemeldung der UOKG

PRESSE - MITTEILUNG

ZUR OPFERRENTE FÜR DIE EHEMALIGEN POLITISCHEN HÄFTLINGE DER SBZ/ DDR

Die berechtigte Forderung der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft, den bereits im Einigungsvertrag zugesagten Nachteilsausgleich zu gewähren, ist nach 16 Jahren deutscher Einheit endlich von der Politik gehört worden.

Es ist ein gesellschaftliches Mindestgebot, die aus politischen Gründen in der SBZ/DDR-Inhaftierten für jahrzehntelange gesellschaftliche Ausgrenzung und finanzielle Benachteiligung zu entschädigen.

Wir müssen verhindern, dass diejenigen, die in der Diktatur Zivilcourage gezeigt hatten, noch heute für das ihnen angetane Unrecht mit Mindestrenten und Sozialhilfe bestraft werden, während die Täter überhöhte Renten einstreichen und die Opfer verhöhnen.

Wir sind über die niedrige Opferpension enttäuscht, weil es damit nicht zum versprochenen Nachteilsausgleich kommt, sondern nur die größte Not lindert.

Wir fordern nach wie vor Gerechtigkeit für alle Geschädigten der SBZ/DDR-Diktatur – die Inhaftierten, Zwangsausgesiedelten, Geflüchteten, Verfolgten und Bespitzelten, die für ihren Widerstand gegen die SED-Diktatur, ihren Mut und ihre Zivilcourage einen hohen Preis zahlen mußten.

Wir erwarten, in die kommenden Gesetzesberatungen einbezogen zu werden, um den berechtigten Forderungen der Opfer Gehör zu verschaffen.

gez. Rainer Wagner

- stellv. UOKG-Vorsitzender - gez. Angelika Barbe - UOKG-Vorstand –

Quelle: www.uokg.de ,24.01.2007